



Beschlussauszug
aus der
Sitzung des Stadtrates
vom 25.03.2021

Öffentlicher Teil

TOP 6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Beteiligung am "Gutachten zur Gesamtbilanzierung von Grundwasserförderung, -entnahmen und Grundwasserneubildung in der Region" sowie zur „Initiative für ein Förderprogramm Grundwasserbildung im Wald"

RM Marc Piazolo trägt die Begründung des Antrags, der an die Resolution des Rates aus der vergangenen Sitzung zur gleichen Thematik anknüpfe, vor.

RM Mörsdorf begrüßt im Namen der CDU-Fraktion den Antrag als sinnvolle Ergänzung zur Resolution des Stadtrates zum Schutz des Trinkwassers aus der letzten Sitzung.

RM Spaniol schließt sich dem für die Fraktion Die Linke als Mitverfasserin der Resolution an. Richtig finde sie auch, dass sich eine Bürgerinitiative nun mit einer Petition an den Umweltminister gewandt habe mit der Forderung, den Brunnenplänen im Kirkeler Wald ein Ende zu setzen.

RM Lauer fragt, ob die nach ihrer Information vom Saarpfalz-Kreis zu den Quellen im Umfeld des Karlsbergs in Auftrag gegebene Studie der Stadtverwaltung vorliege und bittet gegebenenfalls darum, diese den Ratsmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

Herr Missy entgegnet, dass diese der Verwaltung nicht vorliege. Man werde sie jedoch beim Saarpfalz-Kreis anfordern.

Antrag:

- a) Die Stadtwerke Homburg werden aufgefordert, eine Beteiligung an dem Gutachten zur Gesamtbilanzierung des Gebietswasserhaushaltes in der Region (rd. 15 km um das Taubental) zu prüfen und den Rat hierüber zu unterrichten.

- b) Zur Verbesserung der Neubildung von Grundwasser im Wald fordert der Stadtrat von Homburg den Minister für Umwelt und Verbraucherschutz auf, ein Programm zur Förderung der Versickerung von Regenwasser entlang von Wegen im Buntsandstein aufzulegen. Mit diesem Programm soll die Neubildung von Grundwasser gefördert und die Erosion entlang von Waldwegen reduziert werden. Das Programm soll für den Staatswald, den Kommunalwald und den Privatwald gelten. Für das Programm könnten Mittel aus der Grundwasserabgabe bereitgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

zu a) mehrheitlich beschlossen bei 1 Gegenstimme (SPD) und 1 Enthaltung (FWG)

zu b) mehrheitlich beschlossen bei 1 Gegenstimme (SPD) und 1 Enthaltung (FWG)